

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

spd/III/145

K

29.November 1948

Der Mersch in den Winter

sp. Mit den ersten Frösten hat des deutsche Volk den Marsch in den vierten Nachkriegswinter angetraten. Es könnte ein erfreulicher Winter werden, demn erstmels haben die Tatsachen die Illusionen überrundet. Einige dieser erfreulichen Tatsachen seien festgehalten: es gibt Kartoffeln zum Einkelbarn, so dass die traurigen Reisen der Großstädter in den "Kartoffelzügen" der Verg ngenheit angehören, es gibt soger Kohlen, wenn auch die Anlieferungen in verschiedenen Gegenden naturgemäss verschieden sind. Kartoffeln und Kohlen, mit diesen beiden "Kisind die schwersten Sorgen des Winters umrissen. Wer ja noch Angst vor dem Frieren haben sollte, kann in des nächste Elektrogeschäft gehen, wo ihm das verkaufsfreudige Personal einen tadellosen elektrischen Heizofen anbieten wird. Und glaubt man, zum Weihnachtsfest nicht genug zum Essen zu heben, dann kann man sich

Die Tatsachen sprechen für sich. Und nun die Illusionen! Anscheinend müssen keine vor anden sein, denn anders ist es nicht zu erklären, dass eine grosse westdeutsche Zeitung sich in eigenartigen Erörterungen darüber erging, wiese die Menschen der Vestzonen sich so "merkwürdig" zurückhielten und ihre Einkellerungskartoffeln für den Winter nicht abholten. Wirklich merkwürdig!

sogar eine Weihnachtsgans bestellen, die von Delikatessenläden angepriesen wird. Wer braucht also noch Sorgen zu haben?

Die mit Rocht erstaunte Zeitung untersucht die Gründe für diese "Zurückholtung" (ein vornehmer Ausdruck für das, was wirklich vor sich geht). Geldmangel wird als die Meinung der einen nur am Rande zitiert, während die zweiten ihr Geld zuerst für Kleidung und Möbel brauchtn und die dritten ger nichts dächten, sieseien einfach leichtsinnig. Dann folgen lenge Beweisführungen dafür, dass wir das Wirtschaften verlernt hätten. Das also ist des Fudels Kern. Wir könnten vergnügt am Ofen (verstärkt durch Elektrofen) bei Gänsebraten und Kartoffelklössen sitzen, wenn wir nur richtig wirtschaften könnten. Defür verplempern wir unser kostbares Geld für Radio und Couch (diese beiden Beispiele werden angeführt), und deshalb müssen wir eben hungern und frieren. Geschieht uns ganz recht! Warum werfen wir die vielen D-Mark, die in unsere Taschen fliessen, einfech zum Fenster hinaus.

Es hätte wenig Zweck, sich mit dieser Stimme zu beschäftigen, wenn sie nicht zeigte, wie sehr wir uns im Grunde voneinander entfernt haben. Man weiss nicht mehr um die Sorgen der anderen, man sieht keine Probleme, wenn das Problem für einen salbst nicht existiert. Es wäre unsinnig, dem Schreiber, der über die "merkwürdige Zurückhaltung" den Kopf schättelt, etwa Böswilligkeit vorzuwerfen. Nein, er sieht die Binge so, muss sie aus seiner Atmosphäre sehen. Was weiss er von den Sorgen des Familienvaters, der 75 Mark für die Einkellerungskertoffeln auch bei aller Sparsakkeit nicht zusammenbringen kann und für den jede Schusterrechnung ein fast unlösbares Problem darstellt, was weiss er von den quälenden Gedanken einer Arbeitermutter, die dem kommenden Wihnachtsfest mit Grauen entgegensiebt, wenn sie an den mit gehorteten Schätzen überladenen Schaufenstern vorübergeht und an die derauf abgestimmten Wunschzettel ihrer Kinder denkt?

Aber hätte diejenigen, die sich über derlei Merkwürdigkeiten wundern, nicht doch der Generalstreik für einige Augenblicke zum Nachdenken bringen sollen? Waren das alles Menschen, die nicht wirtschiften können oder ihr Geld für Eleider und Möbel ausgeben?

€

Nein, es ist wirklich nicht zu verstehen, dass manche Menschen Sorgen für den Winter haben. Da werden von massgebender Seite ernathafte Warnungen wegen der Brotversorgung erhoben. Warum eigentlich? Man braucht doch nur in das nächste Bauerndorf zu gehen und einen Zentner Weizen zu kaufen. Man braucht nicht einmal wertvolle Tauschobjekte mitzubringen wie vor der Währungsreform. Fünfunddreissig Mark kostet der Zentner. Ist es nicht merkwürdig, dass die Leute von diesem bäuerlichen Entgegenkommen so wenig Gebrauch machen?

Der Marsch in den Winter hat begonnen. Zwei grosse Marschgruppen sind angetreten: die Sorglosen und die Sorgenvollen. Es wäre viel gewonnen, wenn sie eine gemeinsame Marschrichtung hätten. Aber solange Tatsachen und Illusionen so schr im Widerstrait stehen wie augenblicklich, wird das wohl kaum der Fall sein. (b/Bl4a/2/h

Ost-Sozialisten im Sozinform?

sp. Auf der zum 3. Dezember mach Claston on Sem einberufenen Sitzung des Spzinforms (Komitees der Internationalen Sozialisten-Konferenz), auf der vor allem Probleme der Mationalisierung erörtert werden sollen, wird auch die Frage der Zulassung von emigrierten Sozialisten aus den osteuropäischen Staaten zur Sprache kommen. Man erwartet, daß die Vertreter der ins Ausland geflüchteten tschechischen, ungarischen und rumänischen Sozialisten als vollberechtigte Mitglieder ins Sozinform aufgenommen werden, während die Repräsentantender polnischen und jugoslawischen Sozialisten nur als Beobachter zugelassen werden dürften. Denauftakt zu der Konferenz in Clacton on Sem bildete eine speben in Iondon abgehaltene Besprechung zwischen Vertretern der Iabour Party und des Gewerkschaftskongresses (TUC), auf der über die Verwaltung der verstaatlichten Industrien debattiert wurde.

Frankreichs Kampf gegen links und rechts-

Von unserem Pariser A.F.-Kerrespondenten

Frankreichs innenpalitischer Horizont bietet augenblicklich wieder einen hoffnungsvolleren Ausblick. Durch ihr gemäßigtes, gleichzeitig aber auch energisches Vorgehen gegen die politischen Streiks hat die Regierung bewiesen, daß sie in der Lage ist - chne Retter eder Führer - die Republik gegen die kommunistischen Anstürme zu verteißigen. Die Parteien sind dabei entschlossen, selbst im Kampf gegen Diktaturanhänger keine autoritären Methoden anzuwenden, weil sie glauben, daß in der Legalität die große Stärke der Demokratie liegt.

Beruhigend wirkt auch eine gewisse wirtschaftliche Stabilisierung. Man hat des Gefühl, daß die Preise nun doch ihren Höhepunkt erreicht haben und sich langsam ein einigermaßen erträgliches Gleichgewicht zwischen Kaufkraft und Preisen herstellt. Das Warenangebot ist ausreichend und beginnt langsam auf die Preise zu drücken. Dazu kommt die günstige Wirkung der Marshallhilfe, während gleichzeitig die anti-inflationistische Finanzpolitik der Regierung ihre Früchte trägt.

Die Wiederlage des Kommunismus ist machtpolitisch noch entscheiden er als diejenige, die im Dezember 1947 zur großen Gewerkschaftsspeltung führte. Ausschlaggebend waren hierfür weniger die Enthüllungen Innenministers Jules Moch - es ist schließlich schon lange ein offenes Geheimnis, daß die Kommunisten der genzen Welt gefügige Werkzeuge der sowjetischen Machtpolitik sind - als der steigende Widerwille der Arbeitermassen, sich von den Kommunisten zu politischen Zwecken mißbrauchen zu lassen. Geschwächt wurde der Kommunismus in Frankreich durch die Wiederaufnahme der Arbeit in den Kohlenzechen entgegen den Befehlen der CGT, durch das völlige Scheitern der Streikprepaganda bei den Risenbahnern, den Metall- und Textilarheitern, durch den aufgezwungenen Verzicht auf den bereits ausgeruferen Dockarbeiterstreik und nicht durch der Beweis seiner Abhängigkeit von Moskau. Man will ja schließlich nicht das Bürgertum von der kommunistischen Gefahr überzeugen, sondern die Arbeiterklasee. Dafür genügt aber nicht allein eine geschickte Propaganda, sondern es bedarf außerdem einer sozial tragbaren und wirtschaftlich gerechten Lohnpolitik nicht nur in Frankreich.

Wie steht es nun mit den nach den letzten Wahlen sehr hoch eingeschätzten Siegeshoffnungen des Gaullismus? Es ist sicher, daß die Mehrheit des Rates der Republik noch hinter der republikanischen Regierung steht. Es ist ferner zu bedenken, daß die erneut ersterkten Redikalsozialisten mehr und mehr zum Sammelbecken des antikommunistischen Kleinbürgertums werden wollen, als Konkurrenz des Gaullismus und nicht mehr als sympathisierende Mitläufer. Das Ringen innerhalb dieser Partei scheint zu Gunsten Herriots gegen de Gaulle entschieden zu sein.

The state of the s

Die letzte Pressekanferenz des Generals hat mit ihrer Kompromislasigkeit die verschiedensten Kreise verstimmt. Die beinshe spielerische Unterschätzung des Marshallplanes, dessen Verwirklichung für Frankreich eine Existenzfrage ist, konnte selbst von seinen treuesten Anhängern nicht gebilligt werden. Das Großbürgertum ist wegen seiner ungenauen Wirtschaftspolitik beunruhigt und weiß nicht recht, was es unter der immer wieder vergebrachten Formel der "Association" von Kapital und Arbeit verstehen soll. Die Ablehnung der gaullistischen Außenpelitik durch Lendon und Washington ist schließlich in ihren innenpolitischen Auswirkungen nicht zu unterschätzen. Ver wenigen Wechen glaubte man nech, daß die westlichen Alliierten die Machtergreifung des Generals einem dauernden Chars in Frankreich vorzögen und ihn daher wenigstens indirekt unterstützten. Heute ist man sicher, daß Großbritannien und die USA nichts unterlassen werden, um die von de Gaulle drohende Unturgrabung des Marshallplanes und des Atlantik paktes zu verhindern. Unter diesen Voraussetzungen bedarf es keiner besonderen Auseinandersetzung mehr mit dem Ansichten des Generals über Deutschland und Buropa. Es besteht nicht die geringste Veranlassung, wegen de Gaulle, etwa an Europa zu verzweifeln, wie es in manchen deutschen Kreisen angedeutet wurde. Besser und vornünftiger ist es, an die Unteilbarkeit der Demokratie zu glauben. Europa kann nur dann als Einheit aus dem heutigen Chaes emporwachsen, wenn alle seine Mitglieder bewußt und verbehaltlos demokratisch sind.

Zuviel Ehre für Benesch

sp. Benesch habe, so ließ der tschechoslowakische Propagandaminister verbreiten, die Absicht gehabt, mit den 3 1/2 Millionen Sudetendeutschen auch tschechoslowakische Gebietsteile an Deutschland abzutreten. Nur die Kammunisten hätten ihn daran gehindert, als Benesch 1943 in Moskau mit diesem Plan hervorgetreten sei.

Den Toten soll man nichts Schlechtes nachsagen - da die Tachechen ihren verstorbenen Präsidenten nicht ruhen lassen, sei auch den Deutschen hierzu ein Wort gewährt. Obwihl Benesch im Februar dieses Jahres beim Gottwald-Putsch versagt und seine Freunde im Ausland enttäuscht hat, obwihl er ein halbes Jahr vor seinem Tode preisgab, was an ihm unsterblich gewesen wäre, genießt er heute noch im tachechischen Volk hohes Ansehen. Zu Unrecht, wie die Ereignisse bewieschaben, aber unter Blinden ist der Einäugige König - auf tschechischeneben Gottwald wirkt Benesch noch wie ein Demokrat. Darum lebt er durch einen allzu raschen Tod nach dem Februarputsch verklämt, im Gedächtnis der Tschechen als Hort der Demokratie weiter.

Um diese, dem "volksdemokratischen" Regime unbequene Stimmunt, zu paralysieren, hat Gottwald seinen Propagandaminister reden lassen. Und hier, nach der falschen Einschätzung der Verdienste Beneschs, beginnt die zweite Lüge der tschechischen Tragödie. Dem die Wirklichkeit sah 1943 anders aus. Als der Emigrant Benesch in London nach langjährigem Bemühen endlich als Präsident der Exilregierung anerkannt worden war, wurde ihm von den Westalliierten bedeutet, daß er nach dem Krieg nicht mit den Grenzen der Tschechoslawakei von 1938 rechnen könne, vielmehr sich von den ausgesprochen sudetendeutschen Gebieten trennen müsse, weil man in Zukunft eine zweite Sudetenkrise vermeiden wolle. Benesch konnte sich damit nicht abfinden. Er begab sich nach Moskau, wo er für seinen Plan . unversehrte Grenzen von 1938 und Aussiedelung der Sudetendeutschen volles Verständnis fand. Allerdings um einen hohen Preis. 1945, in Potsdam, siegte dieser Standpunkt unter dem Druck der militärischen Erfolge Rußlands auch bei den Westalliierten.

Unwahr ist, das Benesch 1943 Gebietsteile an Deutschland habe abtreten wollen; wahr ist vielmehr, das Benesch 1943 die gesamte Tschechoslowakei den Russen verschrieben hat.

(m/2/2911/hs)

Das Spiel um Otto Strasser

In Ergänzung der von uns kürzlich veröffentlichten Beiträge zum gleichen Thema haben wir eine weitere Darstellung unter einem besonderen Gesichtspunkt. D. Redaktion.

Der "Bund für Deutschlands Erreuerung", politisch gesehen nichts anderes als die Nachfolgerin der "Schwarzen Front" der Jahre 1930 bis 1935, hat nach der letzten Tagung am 16. Oktober in Bad Kissingen die Lizenz für Bayern und im November in Hessen beantragt. Andere Anhänger Strassers bemühen sich um die Lizenz für den "Bund deutscher Solidaristen" und spielen eine gewisse Rolle in der geplanten "Deutschen Union", die besonders im Südwesten versucht, aus Anhängern der Sozialistischen Jugend, der Demokratischen Jugend und der Jungen Union eine neue Versinigung zu gründen. Strassers Vertreter behaupten, daß Kreise der amerikanischen Militärregierung ihre Bestrebungen begünstigen. Er selbst hat einige Zeit mit dem politischen Berater General Clays, Robert Murphy, korrespondiert und diesen Briefwechsel in der ihm eigenen Delikatesse vervielfältigen lassen. Murphy hat inzwischen die Verbindung zu Strasser abgebrochen.

Weniger laut wurde es um die französischen Bestrebungen dieses listenreichen Odysseus der Emigration. Sicher ist jedenfalls, daß er nach seiner Flucht aus Europa im Herbst 1940 mit Hilfe der französischen Kanadier die Einreise-Erlaubnis nach Kanada erhielt. Er hat sich lange um Kontakt mit de Gaulle bemüht, mit dessen "Bewegung" er seinen neuen "Bund" vergleicht. Jenn jetzt, nachdem die Engländer und Amerikaner seinen politischen Büchern in Deutschland die Lizenz und ihm die Einreise verweigerten, die im Verlag der französischen Militärregierung erscheinende Zeitschrift "7 Tage" sein Buch "Hitler und ich" abdruckt, so müssen Strassers Bemühungen

offenbar erfolgreich gewesen sein - bei der nicht unbekannten Sympathien vieler Angehöriger der französischen Besatzungsmacht für de Gaulle kein Wunder. Kreise der französischen Militärregie-rung erklären, daß der Abdruck des Strasser-Buches in "7 Tage" nur deshalb erfolge, weil man sich davon einen größeren Absatz verspreche. Und daß in einer Nummer ein Propaganda-Aufruf Strassers erschien, sei auf die gleichen Überlegungen zurückzuführen. Dazu ist Strasser, wenn seine Anhänger die Wahrheit sagen, soeben die Elnreise-Erlaubnis nach Frankreich erteilt worden.

Strassers katholische Verbindungen dürften ihm dabei von Nutzen gewesen sein. Verbindungsmann zur katholischen Welt ist sein Bruder, Dominikanerpater Bernhard in den USA, ehomaliger Beichtvater der Exkaiserin Zita, über den er einerseits Verbindungen zu Otto von Habsburg, andererseits zu Schuschnigg erhielt. Der christlich-soziale Diktator unterstützte ihn eine Zeitlang während der Emigration finanziell, während Strassers Anhänger in Osterreich Schwierigkeiten mit der Polizei hatten. Diese katholische Limie hat Strasser in den letzten Jahren weiter entwickelt. Sein letztes Buch, "Deutschlands Erneuerung", strotzt ganz im Gegensatz zu seinem "Aufbau des deutschem Sozialismus" von 1931 und 1936 von christlichen Bekenntwissen. Einer seiner maßgeblichen Anhänger verglich dann auch Strassers Ziele vor kurzer Zeit ganz offen mit dem Programm Ottmar Spanns, einem der Väter von Bollfuss und Franco. Das sozialistische Pathos seiner jungen Jahre wird denn auch in seinen letzten Schriften vergeblich gesucht.

Neu sind Strassers Beziehungen zu Frankreich nicht. Allerdings hat er darin nicht immer eine besonders glückliche Hand bewiesen. Bis 1940 jedenfalls waren Marcel Déat und Gaston Bergery, später-hin zwei ausgesprochene Stützen des Systems von Vichy, seine Favoriten. Er sprach auch gerne von seinen Beziehungen zu Legère, Staatssekretär im Quai d'Grsay, und propagierte die "Achse Paris, Berlin, Prag, Bukarest". Heute huldigt er einem ausgesprochenen Föderalismus, an dem selbst die CSU ihre Freude haben würde. Denn sein Programm sieht sogar eigene Landschaftspräsidenten vor.

Auch der sattsam bekannte Loritz soll nicht ganz ohne französische Beziehungen gewesen sein, und dieser Tage ging die OFA-Meldung durch die deutsche Presse, wonach Beamte der zmerikanischen Militärregierung Beweise für die französische Unterstützung der Bayernpartei haben sollen. Der Fall Strasser ist das vorläufig letzte Glied in dieser Kette. Ein gefährliches Spiel – zuch für Frankreich.